

Der Text liest sich gut, ja, ich finde ihn spannend, und er argumentiert, was wohl tut auf einem Terrain, das von dogmatischen Setzungen beherrscht wird, die, je länger sie unwidersprochen behauptet und ständig und überall und von allen Sprechern wiederholt werden, schließlich an einer besonders wirkungsvollen Macht teilhaben: der Macht des Selbstverständlichen. Wenn selbst ein belesener Geist wie Enzensberger jüngst in einer Maischberger-Sendung, sich ereiferte, daß er schon immer gewußt habe, daß unser Rentensystem nicht funktionieren könne, daß es nur auf dem Trug eines Schneeballsystems beruhe, daß es also nur funktionieren könne, wenn immer mehr und mehr Leute einzahlen – dann wünscht man ihm etwas Aufklärung über Wert und Gebrauchswert, über die Geldillusion vielleicht... Ich glaube, es ist schwer, sich dem jahrelangen Trommelfeuer der Medien entgegenzustellen, selbst für relativ unabhängige Geister. Natürlich ist die Fallhöhe für unsere Kulturgrößen besonders hoch, wenn sie sich dem scheinbaren gesellschaftlichen Konsens entziehen. Es droht die Exkommunikation.

Deshalb ist es wichtig, den Glaubenssätzen der neoliberalen Marktreligion etwas entgegenzusetzen. Z.B. daß in unserer Gesellschaft genug für alle da ist. Selbst unser Hofpolitologe Falter konnte in einem seiner letzten Fernsehauftritte nicht umhin, ich glaube, es war gegenüber den Forderungen einer attac-DiskutantIn, zuzugestehen, „daß wohl genug Geld da wäre“.

Die Karrieren der Schlüsselbegriffe der gegenwärtigen Debatten nachzuzeichnen, wäre sicher ein spannendes Projekt: wie „Nachhaltigkeit“, unkritisch oder bewußt-manipulativ, aus dem ökologischen Diskurs in den ökonomischen übertragen wird; „Sparsamkeit“ aus dem *hauswirtschaftlichen* in den *volkswirtschaftlichen*; die Wirkkraft des Begriffs der „Eigenverantwortung“ dürfte auch daher kommen, daß in ihm die Schlüsselbegriffe anderer Diskurse verschiedener sozialer Milieus aufgehoben erscheinen: die „Autonomie“ des Bürgers; die „Selbstverwirklichung“ der 68er, Hippies und Sponties; die „Verantwortung“ jedes einzelnen für die Natur außer uns und in uns bei den Grünen; die „Eigeninitiative“ der Bürgerinitiativbewegung ...

Vielleicht leistet Rifkins neues Buch ja einen Beitrag dazu, daß die Europäer sich der Überlegenheit ihres Gesellschafts- und Sozialsystems – gegenüber dem amerikanischen – bewußt bleiben. Der Blick nach Skandinavien ist lehrreicher als der über den großen Teich – noch. Folgt man dem Glücksindex der London School of Economics, so sind die USA das Land der Unglücklichen, auf einem Niveau mit dem heutigen Rußland. Wollen wir so leben? Die skandinavischen Länder haben relativ gut abgeschnitten. Ich denke, die „Summe des Glücks“ in einer Gesellschaft hängt weit weniger ab von der Höhe des Bruttosozialprodukts als vielmehr vom Grad ihrer Gleichheit und Solidarität, von ihrer Nicht-Zerrissenheit.

1,6% Reallohn- bzw. -gehaltssteigerung zwischen 1980 und 2002 – kaum zu glauben – da braucht man die keynesianischen Gleichgewichtsbedingungen für die Volkswirtschaft gar nicht zu kennen, um von einem Defizit der Binnennachfrage auszugehen; das ist ja meilenweit von jeder produktivitätsorientierten Lohnpolitik entfernt. Mir ist an der Stelle nicht klar geworden, ob es sich um den Lohn je Arbeiter handelt oder um die Gesamtlohnsumme (bzw. Gehalt). (S.3)

Hobsbawms „Zeitalter der Extreme“ zeigt noch einmal, wie wenig man dem Kapitalismus nach den Verheerungen der Weltwirtschaftskrise 1929pp bis weit ins bürgerliche Lager noch traute. Wenn Keynes` Programm darauf zielte, den Kapitalismus kalkulierbar(er), ihn

sozusagen vertrauenswürdig zu machen – laufen wir heute nicht Gefahr, indem wir die (antizyklischen) Stabilisatoren der „effective demand“: d.h. u.a. den Sozialstaat reduzieren, uns den alten abgewirtschafteten zyklischen Kapitalismus wieder einzuhandeln? Mich wundert, daß das überhaupt kein Thema ist. Nun ja, das historische Gedächtnis, nicht nur der Ökonomen, ist kurz. (Möglicherweise ist das heutige Volumen des Staatshaushaltes auch ohnedies „Stabilisator“ genug.)

Wichtig ist noch einmal der Nachweis im Text, wie gering die Kostenreduktion durch Senkung der Lohnnebenkosten ausfällt, selbst bei „optimistischsten“ Annahmen. (S.3, 3. Absatz) Wenn im verarbeitenden Gewerbe der Personalkostenanteil am Bruttoproduktionswert fällt, dann nicht zuletzt wegen der „nicht-produktivitätsorientierten Lohnpolitik“. Was die Lohnstückkosten betrifft: Für Nicht-Ökonomen unter den Lesern wäre es vielleicht gut, ihnen noch einmal zu verdeutlichen, daß selbst bei steigenden Reallöhnen die LSK sinken können. Vielleicht ist es ja sogar so, daß nicht *trotz* steigender Reallöhne, sondern *wegen* steigender Reallöhne die Lohnstückkosten sinken können: indem nämlich technischer Fortschritt induziert wird. War der produktionstechnische Fortschritt des vergangenen Jahrhunderts nicht auch in hohem Maße eine Reaktion der Unternehmer auf steigende Löhne? Fortschritt, den doch auch die Kritiker hoher Löhne wollen und begrüßen? Beispiel Niederlande: die Verwohlfleierung der Arbeitskraft in den 90er Jahren hat den technischen Fortschritt erheblich gebremst, zu Lasten der Position des Landes im internationalen Wettbewerb.

An dieser Stelle müßte man noch einmal zwischen arbeitssparendem und kapital- (d.h. auch ressourcen-) sparendem technischem Fortschritt unterscheiden. Das grüne Projekt der Öko-Steuer zielt ja auf kosteninduzierte Effizienzsteigerung beim Einsatz der Ressourcen, d.h. im weiteren Sinn kapitalsparenden technischen Fortschritt. Soweit so gut. Durch gleichzeitige Reduktion der Lohn(neben)kosten das Problem der Arbeitslosigkeit lösen zu wollen, ist ja wohl verfehlt: Nicht nur aus den im Text vorgerechneten Gründen, sondern auch deshalb weil der weit fortgeschrittene Grad der Anwendung arbeitssparender Technologie nicht zurückgedreht werden kann, und dies in der Vielzahl der Fälle wohl auch nicht wünschenswert wäre. Eine Ausnahme könnte die Bio-Landwirtschaft sein, in der der Einsatz menschlicher Arbeit: sprich: das Unkrautjäten per Hand (wohl dem, der einen guten Rücken hat) die Anwendung von Bioziden ersetzen kann. (Inwieweit dies auf die ganze Landwirtschaft übertragbar sein könnte, besonders bei der Höhe des gegenwärtigen Fleischkonsums – 1 Fleischkalorie erfordert 7 Pflanzenkalorien als Viehfutter; die gleiche Relation gilt für Protein, mit dem entsprechend höheren Flächenverbrauch -, wäre eine eigene Diskussion.)

Überhaupt müßten wir bei der Debatte die Umweltproblematik mitdenken, welche im traditionellen keynesianischen Denken ja kaum eine Rolle spielt. Wir können ein Defizit der Binnennachfrage konstatieren, und gewiß könnten nicht wenige soziale Gruppen etwas mehr reale Kaufkraft vertragen, ohne daß sie dadurch gleich zu „Umwelt-Säuen“ würden. Doch verstärktes Wachstum ist nur schwer damit zu vereinbaren, daß unser „ökologischer Fußabdruck“ bereits jetzt zu groß ist. „Genügsamen“ und (relativ) egalitären Gesellschaften gehört die Zukunft. Produktivitätsfortschritte sollten perspektivisch primär der Verkürzung der Arbeitszeit statt der Vermehrung der Güter dienen. Zeitwohlstand wäre vor (weiterem) materiellem Wohlstand hervorzuheben. Haus-, Eigen- und Gemeinschaftsarbeit könnten einen Teil der gewonnenen Zeit füllen. Dem unglückseligen Trend der Vermarktung dieser Arbeiten ist gegenzusteuern, der nicht nur eine neue Klasse von Dienstboten hervorbringt, sondern auch diejenigen, die diese Dienstboten einstellen, häuslicher, handwerklicher und sozialer Qualifikationen und Kompetenzen enteignet

und sie letztlich zu „Analphabeten“ in ihren unmittelbaren Lebensbereichen macht. Requalifizierung ist dagegenzusetzen.

Gewiß gibt es eine Menge notwendiger Arbeiten, die erledigt werden müßten: beispielsweise das Mammut-Projekt der Sanierung der Abwasser-Systeme – oder auch die Einstellung von 22.000 qualifizierten Altenpflegern. Gleichzeitig gibt es in nicht unbeträchtlichem Maße Produktions- und Arbeitsfelder, deren Wegfall nur ein Gewinn an gesellschaftlicher Wohlfahrt wäre, z.B. weite Teile der Nahrungsmittelindustrie. Die Produktivitätsbegriffe von Friedrich List und Wilhelm Roscher waren noch in der Lage, zwischen Produktivität und Destruktivität zu unterscheiden, bzw. zwischen einzelwirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Produktivität. Roscher schrieb: Volkswirtschaftlich produktiv sei nur solche Tätigkeit, deren „Leistung vernünftigerweise begehrt und angemessen bezahlt wird (und sie) nicht auf Kosten anderer geschieht.“ Friedrich List, dessen weiten Produktivitätsbegriff heute zu rezipieren durchaus ein Gewinn sein könnte, schrieb: „... so giebt es eine Menge Arbeiten, wodurch Werthe dargestellt, aber Kräfte vernichtet werden. Wir erinnern nur an die gebrannten Wasser, das Opium, an Waffen und Werkzeuge, die zum geistigen und körperlichen Mord mißbraucht werden“ (List 1834; S. 649). Nicolas Georgescu-Roegen, Ökonomie und Thermodynamik (2. Hauptsatz) integrierend, formulierte drastisch: „Jeder Cadillac, der vom Band läuft, wird in Zukunft Menschenleben kosten“ (1991). Pointiert: Unsere Gesellschaften verpressen Metalle, Mineralien, Öle usw. um mittels 1 Tonne Auto 100 Gramm Brötchen vom Bäcker um die Ecke zu holen oder um sich auf Handys mit Kamera und Bildschirm zu sagen, daß sie sich nichts zu sagen haben, für nicht sehr wichtiges also – Rohstoffe, die späteren Generationen für elementare Bedürfnisse fehlen können. Vielleicht ist irgendwann nicht einmal mehr das Metall da, um einen Spaten herzustellen. Auch das beste Recycling schafft nicht 100 Prozent – die Entropie nimmt zu. Und der Glaube an die Substitution jedweder Stoffe ist fromm.

(S. 5) Wenn eine neue Rekordzahl an Insolvenzen gemeldet wird, frage ich mich immer, wie hoch denn die Anzahl der Existenzgründungen war, möglicherweise ist die ja ebenfalls gestiegen, und die Quote der Insolvenzen ist insgesamt gar nicht größer. Woran die Existenzgründer scheitern, wäre wohl noch genauer zu eruieren, es könnte ja z.B. *auch* an mangelnder kaufmännischer Kompetenz liegen.

(S.6) Das Sozialprodukt von 1965 hätte 1995 in ca. einer Zwei-Tage-Woche produziert werden können: Die Produktivität der menschlichen Arbeit hat sich in diesem Zeitraum ca. verdreifacht (es wäre noch einmal genau zu berechnen). Einer aus der Societas Jesu hat es einmal so formuliert: „Aber ich denke nicht an eine 35-Stunden-Woche, auch nicht an die 24-Stunden-Woche. Ich denke an eine viel weitergehende Arbeitszeitverkürzung. Ich stelle mir vor, daß wir dahin kommen werden, daß zur Deckung des täglichen Bedarfs an Konsumgütern ein Tag der Woche mehr als ausreicht“ (Oswald von Nell-Breuning, „Vorwärts“ 8/1981). Die Chancen, die in einer solchen Entwicklung liegen, hat u.a. André Gorz herausgestellt: die Chancen für autonome Tätigkeiten; Tätigkeiten, die weder dem Diktat der Notdurft, noch dem der Märkte, noch dem der Chefs unterworfen sind; Tätigkeiten, die nicht der Zweckrationalität unterworfen sind, sondern die sich Selbstzweck sind: unmittelbar gelebte Zeit, nicht Zeit um-zu. Möglicherweise war Gorz zu optimistisch, was die Zügelung der Macht der kapitalistischen Verhältnisse betrifft – dennoch gibt seine Perspektive dem technischen Fortschritt Sinn, was bei dem Mangel an Visionen, vielleicht nicht wenig ist.

Bei dem Satz: ...„überhaupt nicht genügend Arbeitsplätze vorhanden“ wäre zu ergänzen „bei gegebener Arbeitszeit“, denn durch Verkürzung der Arbeitszeit lassen sich aus einem

gegebenen Arbeitsvolumen mehr Arbeitsplätze machen (wenn auch nie in dem Maße, wie es sich rein rechnerisch darstellt). Eine banale Tatsache, die vom neoliberalen Fundamentalismus nicht nur mit dem Bann des Vergessens belegt wurde, sondern auf den Kopf gestellt wird, mit der Behauptung, daß längere Arbeitszeiten Arbeitsplätze schaffen würden.

Kürzlich trafen sich Schröder, Chirac und ihr spanischer Kollege Zapatero, und in der Fernsehnachricht hieß es, sie hätten besprochen, das europäische Sozialstaatsmodell zu verteidigen. Möglicherweise, ja wahrscheinlich sogar, glaubt Schröder dies auch. Doch die Geschichte wird zeigen, daß genau die Sozialdemokraten es waren, die den entscheidenden Dambruch bewerkstelligt haben. Und nur sie konnten dies tun – denn in der Opposition hätten sie, zusammen mit den Gewerkschaften, eine CDU-Regierung, die den Sozialstaat so hätte schleifen wollen, bis aufs äußerste bekämpft. Was die Sozialdemokraten (und Grünen) begonnen haben, werden andere fortsetzen. Und den Sozialdemokraten werden die Gegenargumente fehlen. Hoffen wir, daß ich unrecht habe!